

Kleine Anfrage 266

des Abgeordneten Christoph Schulze
fraktionslos

an die Landesregierung

Nachfrage zur Kleinen Anfrage 128 vom 16.12.2014 – Drucksache 6/305 bezüglich der Antwort der Landesregierung auf Frage 5

In der oben genannten Kleinen Anfrage wurde dezidiert nachgefragt, wie sich rechtlich mit den sogenannten Anspruchsermittlungen (ASE) verhält. Die Landesregierung hat diese Kleine Anfrage beantwortet, allerdings nicht wirklich präzise.

Aus diesem Grunde ergeben sich Nachfragen zur Antwort auf Frage 5:

1. Ist es richtig, wenn man die Aussagen der Landesregierung zur Kleinen Anfrage so versteht, dass die Landesregierung sich **nicht** in der Pflicht und Verantwortung sieht, sich im Falle von Streitigkeiten zwischen Bürgern und der FBB im Hinblick auf Anspruchsermittlung und Anspruchsberechtigungen einzuschalten?
2. Interpretiert man die Antwort der Landesregierung dahingehend richtig, dass Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich, wenn Widersprüche bei der FBB nichts bringen, den Rechtsweg über Gerichte einschreiten sollen?
3. Wird die Landesregierung dahingehend richtig verstanden, dass hunderte, wenn nicht gar tausende Verfahren vor den Gerichten anhängig gemacht werden sollten?
4. Ist die Landesregierung richtig verstanden worden, dass die Landesregierung eine unabhängige behördliche Schiedsinstanz als vorgerichtliches Verfahren nicht in Erwägung zieht bzw. ablehnt und nicht gedenkt eine solche zu installieren?